

Sonnenaufgang über dem Chao Praya

Thailand aus der Krise?

von Jens Herrmann

Als das thailändische National Economic and Social Development Board (NESDB) im Frühjahr 1999 die wirtschaftlichen Wachstumswahlen für das erste Quartal veröffentlichte, konnte es für Thailand erstmals seit 21 Monaten wieder ein positives Wirtschaftswachstum von 0,9 Prozent vermelden. 1998 war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) noch um acht Prozent dramatisch gesunken.

Die bescheidenen wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen waren kein Vergleich zu den enormen Wachstumswahlen, die Thailand Anfang der 90er Jahre verzeichnen konnte. In den Jahren 1990 bis 1995 wuchs das reale BIP jährlich um durchschnittlich fast zehn Prozent. Dennoch waren die neuen wirtschaftlichen Daten ein Hoffungsschimmer dafür, dass Thailand mehr und mehr aus dem Tal schwerer Rezession und wirtschaftlichen Niedergangs herauskommt.

Fast drei Jahre ist es her, seit die Asienkrise in Thailand begann. Nach dem Zusammenbruch der Bubblewirtschaft mit inflationären Preisentwicklungen im thailändischen Immobiliensektor geriet der quasi fixe Wechselkurs des thailändischen Baht unter Abwertungsdruck und musste im Juli 1997 nach heftigen spekulativen Attacken freigegeben werden. Der nachfolgende Verfall des Außenwertes hatte den Schuldendienst thailändischer Unternehmen aus Fremdwährungskrediten explodieren lassen. Vor allem Banken und bankenähnliche Finanzinstitute, die sich im Ausland hoch verschuldet hatten, brachen unter der Last der Schulden und der Liquiditätskrise infolge massiver Kapitalabflüsse zusammen. Die vom IWF im Rahmen eines Sanierungspaketes geforderte restriktive

Wirtschaftspolitik, vor allem die Beibehaltung des hohen Zinsniveaus und die Begrenzung der Staatsausgaben, hatte eine drastische Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage im Jahr 1998 zur Folge. Die Binnennachfrage brach zusammen, die Inflation schnellte zeitweise auf über zehn Prozent, die Exporte waren stark rückläufig und das Produktionswachstum ging deutlich zurück.

Maßnahmen zur Wiederbelebung

Um eine weitere wirtschaftliche Kontraktion zu verhindern, wurde mit dem vierten und fünften »Letter of Intent« Mitte 1998 die restriktive Wirtschaftspolitik gelockert. Die Senkung der Zinsen und die Erhöhung der Geldmenge verschafften der thailändischen Wirtschaft in erster Linie größere Liquidität und ebneten den Weg zu wirtschaftlicher Neubelebung, die sich in den positiven Wachstumswahlen 1999 widerspiegelte. So sank die Inflationsrate April 1999 auf ein Prozent, die Anlagezinsen fielen von sechs bis sieben Prozent Ende 1998 auf nur noch drei bis vier Prozent Ende 1999. Die Exporte konnten in den ersten zehn Monaten des Jahres 1999 um 5,5 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres gesteigert werden, die Importe wuchsen im gleichen Zeitraum um zwölf Prozent. Der Handelsbilanzüberschuss und die Einnahmen aus dem Tourismus führten 1999 in der thailändi-

schen Leistungsbilanz zu einem durchschnittlichen Überschuss von über einer Milliarde US-Dollar pro Monat. Insgesamt erwartet man für 1999 ein Wirtschaftswachstum von vier Prozent.

Diese Zahlen lassen auch erste Erfolge der umfangreichen Restrukturierungsmaßnahmen erkennen. Bereits kurz nach Ausbruch der Krise wurden einschneidende Reformen in einem Sanierungskonzept mit dem IWF vereinbart. Diese Maßnahmen zielten vor allem auf die Restrukturierung des thailändischen Finanzsektors. Die große Schuldenlast der Finanzinstitute wurde durch Umschuldung gelindert. Zahlreiche Finanzinstitutionen wurden geschlossen. Andere wurden vom Staat übernommen und nach entsprechender Sanierung anteilmäßig an ausländische Investoren verkauft. Neue Gesetze schufen eine stabilere rechtliche Grundlage und ermöglichten die konsequente Durchsetzung der Reformen. So wurde das Konkursrecht verschärft, die Beteiligung ausländischer Investoren und deren Geschäftstätigkeit gesetzlich neu geregelt. Außerdem wurden Beschlüsse zur Bekämpfung der Korruption gefasst und ein Masterplan zur Privatisierung von Staatsbetrieben erstellt.

Im März 1999 legte die thailändische Regierung ein 130 Milliarden Baht umfassendes Förderprogramm auf, das zu einem großen Teil mit einem Kredit des japanischen Miyazawa-Fonds finanziert wurde. Das Programm zielte zum einen auf

Der Autor ist Student der Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft (FHTW), Berlin.

die Senkung von Energiepreisen und Steuern. Damit sollten die Produktions- und Exportkosten für thailändische Unternehmen reduziert und die zusammengebrochene Binnennachfrage belebt werden. Die im Sanierungspaket des IWF 1997 durchgesetzte Mehrwertsteuererhöhung von sieben auf zehn Prozent wurde rückgängig gemacht. Zum anderen sah das Programm Infrastrukturmaßnahmen und die Schaffung von 486 000 neuen Jobs, hauptsächlich in ländlichen Gebieten, vor.

Weitere Herausforderungen

Die Beseitigung von Ungleichheiten der regionalen Entwicklung bleibt eine der großen Herausforderungen für Thailand. Bereits 1987 hatte die damalige Regierung Thailand in drei Fördergebiete unterteilt. Die unterentwickelten Regionen der Zone drei werden mit Steueranreizen und anderen finanziellen Hilfen besonders gefördert. Heute sind noch immer 28 Prozent der thailändischen Unternehmen im Großraum Bangkok angesiedelt. Trotz einiger ländlicher Entwicklungsprojekte sind die staatlichen Entwicklungsmaßnahmen für die Landwirtschaft unzureichend. Hinsichtlich der zahlreichen Maßnahmen zur Belebung des Finanzsektors und der industriellen Produktion läuft Thailand Gefahr, die Rolle des Agrarsektors für die Entwicklung Thailands zu unterschätzen. Die Landwirtschaft hat in Thailand weiterhin eine wichtige stabilisierende Funktion, vor allem auch in sozialer Hinsicht. Noch immer bestreiten mehr als die Hälfte der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt in der Landwirtschaft. Agrarprodukte nehmen 14 Prozent der gesamten Exporte Thailands ein.

Aufgrund der deutlichen Zeichen eines wirtschaftlichen Aufschwungs wurden seit Mai 1999 keine Tranchen mehr aus dem Beistandskredit des IWF gezogen. Der thailändische Finanzminister Tarrin Nimmanahaeminda erklärte öffentlich die Absicht der Regierung, aus dem Unterstützungsprogramm des IWF auszusteigen. Aufgrund des beachtlichen Überschusses in der Leistungsbilanz konnten die Devisenreserven auf über 34,8 Milliarden US-

Dollar aufgestockt werden. Dennoch bleiben Zweifel an der Stabilität des Wirtschaftswachstums. Auf den privaten Unternehmen lastet weiter ein großer Schuldenberg. Bis Mai 1999 waren erst 14 Milliarden US-Dollar umgeschuldet worden. Über die Umstrukturierung weiterer 30 Milliarden wurde noch verhandelt. Das Produktionswachstum konnte aber leicht zulegen. Im Oktober 1999 wuchs der Index der Industrieproduktion um 14,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Kapazitäten waren auch Ende 1999 erst zu 63 Prozent ausgelastet. Die hohen Kosten der staatlichen Reformprogramme, vor allem im Finanzsektor, haben die Staatsverschuldung deutlich ansteigen lassen. Hatte sie 1996 nur 16 Prozent des BIP betragen, so stieg der Anteil der Staatsverschuldung am BIP bis Ende 1999 auf 36,8 Prozent.

seines Wertes verloren. Bis Ende 1998 stabilisierte sich der Kurs auf etwa 36 bis 38 Baht/US-Dollar. Aufgrund von Zinserhöhungen in den USA schwankte er dann ab Mitte 1999 wieder stärker. Zeitweise wurde der Baht wieder mit einem Kurs von 40 Baht/US-Dollar gehandelt. Die Bank of Thailand und die internationalen Finanzmärkte reagierten auf die höhere Volatilität des Baht eher gelassen. Dennoch wird in Thailand wieder mehr über eine Fixierung des Wechselkurses nachgedacht, um den Aufschwung nicht zu gefährden. Ökonomen diskutieren seit längerem verschiedene Lösungen, die den Bedingungen der asiatischen Länder gerecht werden und eine Stabilisierung der Währung absichern.

Weitgehend einig ist man sich darüber, dass die Beibehaltung des flexiblen Wechselkurses auf-



aus: AW v. 17.7.1998, S. 38

Aufschwung, wo bleibst du?

Aufgrund staatlicher Rekapitalisierungsbeihilfen konnten thailändische Finanzinstitutionen ihre Liquidität durch neues Kapital verbessern. Dennoch leiden sie noch immer unter der großen Last der *non-performing loans* (Kredite, die seit sechs Monaten nicht bedient wurden). Mitte 1999 erreichte der Anteil dieser Kredite am gesamten Kreditvolumen noch 47,9 Prozent. Bis Ende November 1999 konnte der Anteil durch Umstrukturierung auf 42 Prozent gesenkt werden.

Noch nicht stabil zeigt sich auch die Entwicklung des Wechselkurses. Nach der Aufgabe des fixen Wechselkurssystems hatte der thailändische Baht aufgrund heftiger Überreaktionen bis zu 50 Prozent

grund der hohen Volatilitätsneigung nicht empfehlenswert ist. Eine reine Fixierung des thailändischen Baht durch Anbindung an eine Hartwährung wie dem US-Dollar erhöht zwar die Stabilität des Baht, verschärft aber die Gefahr einer Währungskrise. Die zu erwartenden unterschiedlichen Inflations- und Zinsentwicklungen zwischen Thailand und dem Land der Leitwährung würden den thailändischen Baht unter realen Abwertungsdruck setzen, der aufgrund der Fixierung nicht abgebaut werden könnte. Der aufgestaute Druck würde sich schlagartig entladen, wenn die Zentralbank den Wechselkurs mittels ihrer Devisenreserven nicht mehr verteidigen könnte und spekulative Attacken die Aufgabe des festen

Wechselkurssystem erzwingen. Die wohl beste Alternative scheint die Implementierung eines Crawling-Peg-Systems zu sein. Der nominale Wechselkurs wird dabei mit einer vorher angekündigten Rate abgewertet, die etwa der Differenz zwischen einheimischer Inflation und der erwarteten Inflation im Land der Leitwährung entspricht. Dadurch wird die Rigidität eines fixen Wechselkurssystems aufgelöst und die Anpassungsfähigkeit gegenüber Inflations- und Zinsveränderungen erhöht. Das verhindert schockartige Kapitalabflüsse, wie sie 1997 in Thailand zu beobachten waren. Schwierig ist allerdings die genaue Ermittlung der entsprechenden Ab- oder Aufwertungsrate. Außerdem besteht das Risiko, dass durch die Anpassung eine Spirale von Abwertung und Inflation ausgelöst wird.

Ein stabiler Aufschwung in Thailand wird auch entscheidend davon abhängen, inwieweit sich die gesamte betroffene südostasiatische Region von der Krise erholt. Thailand hält einen bedeutenden Teil seiner Handelsbeziehungen zu den ASEAN Staaten. Innerhalb dieser Organisation wird seit längerem an der Errichtung einer Freihandelszone, der AFTA (ASEAN Free Trade Area) gearbeitet, welche Thailand den freien Zugang auf einen riesigen Binnenmarkt eröffnet. Noch immer schränken zahlreiche protektionistische Handelshemmnisse die Entwicklung der Handelsbeziehungen ein. Die verstärkte intraregionale Kooperation könnte ein wesentlicher Wachstumsmotor für die Region sein. Ohne Zweifel hat die mangelnde Zusammenarbeit zwischen den asiatischen Krisenländern, insbesondere ihrer Zentralbanken, die dramatische Ausweitung der Asienkrise begünstigt. Seit 1999 verfügen die ASEAN-Staaten über den ASEAN Monitoring Mechanism. Dieses regionale Überwachungssystem soll zukünftig ein gemeinsames Handeln bei der Verhinderung von Währungskrisen in der Region ermöglichen. Langfristig könnte die stärkere Zusammenarbeit zwischen den asiatischen Ländern auf geldpolitischer Ebene in der Errichtung eines gemeinsamen asiatischen Währungssystems gipfeln, in das auch der thailändische Baht eingebunden wäre.

aus: AW v. 26.12.1997/2.1.1998, S. 92f



Vergiss das Wasser nicht, Künstler!

Gesellschaftliche Veränderungen als Folge der Asienkrise

Die Asienkrise hat Thailand verändert – nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem auch politisch und gesellschaftlich. Ein erstes sichtbares Zeichen dafür war die umfassende Verfassungsreform, an der Hunderttausende Thailänder in zahlreichen Anhörungen und Diskussionen beteiligt waren. In der neuen Verfassung wurden Rechtsstaatlichkeit, politische Mitbestimmung und Individualrechte verankert und Grundlagen für faire Wahlen geschaffen. Die Verfassung hat Thailand einen bedeutenden Schritt in Richtung Konsolidierung der Demokratie gebracht.

Die Asienkrise hat auch das Meinungsbild der thailändischen Bevölkerung verändert und gespalten. Mehr und mehr Thailänder wenden sich gegen eine weitere Öffnung Thailands zum globalen Markt, da sie eine zunehmende Abhängigkeit Thailands vom Westen befürchten. Vor allem die vom IWF nach Ausbruch der Krise verordnete Wirtschaftspolitik erzeugte großen Unmut unter breiten Teilen der thailändischen Bevölkerung. Auch internationale Beobachter kritisierten, dass die vom IWF diktierten Bedingungen zum Beistandskredit nicht vorrangig der Stabilisierung der wirtschaftlichen Basis, sondern in erster Linie dem Schutz der ausländischen Gläubiger

dienten. Der Einfluss des IWF auf die Geschicke Thailands und die zunehmende Beteiligung ausländischer, vor allem westlicher Firmen an thailändischen Unternehmen nährten unter den Thailändern eine zunehmend antiwestliche Haltung. Diese wurde beispielsweise in der »Buy Thai« Kampagne sichtbar, in der Thailändern nahegelegt wurde, vorrangig Produkte von thailändischen Firmen zu kaufen.

Die dramatischen Auswirkungen der Krise, insbesondere die Verschlechterung der sozialen Lage, verschärften die Spannungen innerhalb der thailändischen Gesellschaft. Es kam zu Demonstrationen und Protestmärschen. Im Sommer 1998 wurde der Regierungssitz wochenlang belagert. Tatsächlich hat die Entwicklung der letzten Jahre die Kluft zwischen arm und reich vergrößert, was sich durch die Krise noch zuspitzte. Die massenhaften Firmenzusammenbrüche vergrößerten das Heer der Arbeitslosen. Die Arbeitslosenquote wuchs 1999 auf 5,3 Prozent. Sinkende Reallöhne und steigende Lebenshaltungskosten ließen viele Menschen in die Armut abgleiten. Mitte 1999 lebten 13 Prozent der thailändischen Bevölkerung unter der Armutsgrenze. In der stark hierarchischen Gesellschaft Thailands zählen die Belange sozial Bedürftiger nur wenig. Aufgrund leerer Staatskassen werden Sozialleistungen immer wieder gekürzt. Die Regierung hat bisher wenig für die Bekämpfung der Armut in

Thailand getan. Die Politiker und der bürokratische Apparat staatlicher Stellen waren nicht sehr bestrebt, eine engagierte Sozialpolitik zu betreiben. Ihr politisches Engagement konzentriert sich hauptsächlich auf die Reformierung des Finanzsektors und die Umschuldung der Industrieunternehmen. Gewerkschaften und Bauernorganisationen hingegen sind zersplittert und schwach. Vor allem hinsichtlich der Landbevölkerung zeigen sich politische Defizite. In politischen Entscheidungsgremien sind die Menschen der ländlichen Regionen nur unzureichend vertreten. Nichtregierungsorganisationen wie dem »Forum of the Poor«, eine Vereinigung verschiedener Bauernorganisationen, kommen dadurch eine größere Bedeutung zu, den Interessen der ländlichen Bevölkerung und ihren Forderungen Gehör zu verschaffen.

Familien tragen weiterhin die sozialen Lasten

Noch immer liegt die Last sozialer Probleme hauptsächlich bei den Familien. Viele auf dem Land lebende Menschen sind finanziell auf Überweisungen ihrer Angehörigen in den Städten angewiesen. In der Stadt lebende Familien schicken ihre Kinder zu Verwandten aufs Land, wenn sie den Lebensunterhalt nicht mehr tragen können. Ältere Menschen, die in der Stadt keine Arbeit mehr finden, kehren oft zu ihren Familien zurück.

Bereits 1998 war ein hauptsächlich mit Krediten der Weltbank finanziertes soziales Investitionsprogramm (»Social Investment Program«) entwickelt worden. Der Gesamtwert dieses Programms umfasste 460 Millionen Dollar. Hauptziele waren die Verbesserung des Gesundheitssystems und der Arbeitsmarktförderung, die Unterstützung landwirtschaftlicher Kooperativen, Arbeiter- und Frauenorganisationen und die Förderung landesweiter Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte sowie sozialer Initiativen. Bisher wurden diese Projekte nur unzureichend realisiert. Die Finanzmittel aus den Krediten werden von thailändischen Behörden verwaltet. Die aber sind undurchsichtig

und bürokratisch. Zahlreiche Projekte wurden behindert, weil Mittel nicht rechtzeitig zur Verfügung gestellt wurden.

Trotz des gewachsenen Drucks von Seiten der thailändischen Bevölkerung und der Opposition gilt die Regierungskoalition unter Chuan Leekpai noch als stabil. Dies beweisen erfolgreich durchgebrachte Gesetzesvorlagen und eine Reihe gescheiterter Misstrauensanträge. Für die nächsten Monate wird die Regierung einige Anstrengungen unternehmen müssen, die Beschäftigungslage zu verbessern und die Kaufkraft zu stärken. Erste sichtbare Erfolge könnten es ihr ermöglichen, bis zum Ende der Legislaturperiode zu amtieren, was in Thailand durchaus beachtlich wäre. Wie sich die jüngste Entwicklung Thailands in den Wahlen widerspiegeln wird, ist allerdings noch völlig offen.

Viele Thailänder sehen heute in der Asienkrise die Chance, wieder zu einer mehr traditionell buddhistischen Gesellschaft zurückzufinden. In ihr sollen familiäre Gemeinschaften und buddhistische Institutionen gestärkt werden. Sozialen Normen und Werten wie Toleranz, gegenseitige Unterstützung und Mitgefühl soll ein höherer Stellenwert beigemessen werden. Walden Bello von der Universität Bangkok plädierte dafür, den einheimischen Markt stärker zu beleben und das Wirtschaftswachstum aus den eigenen Stärken und Ressourcen heraus voranzutreiben. Es ist jedoch anzunehmen, dass eine vorrangig nach innen gerichtete Wirtschaftspolitik langfristig das Wirtschaftswachstum beschränkt. Es wird eine große Herausforderung für Thailands Zukunft sein, eine Balance zu finden zwischen einer stärkeren Integration in den globalen Markt und der Stärkung des thailändischen Selbstbewusstseins, insbesondere der Berücksichtigung traditioneller buddhistischer Werte und Normen.

Optimistischer Blick in die Zukunft

Thailand kann durchaus optimistisch in die Zukunft blicken. Die jüngsten Daten aus der thailändischen Wirtschaft zeigen, dass sich der positive Aufwärtstrend fortsetzt.

Ende 1999 hat die Asian Development Bank ihre verhaltenen Wachstumsprognosen für Thailand nach oben korrigiert. Sie geht nun für das Jahr 2000 von einem Wirtschaftswachstum von fünf Prozent aus. Der Optimismus sollte dennoch verhalten bleiben, denn der sich abzeichnende Aufschwung ist keineswegs sicher. Der starke Yen und ein erneuter Rückgang des Wirtschaftswachstums in Japan sowie die erwartete Konjunkturabschwächung in den USA können den Aufschwung in Thailand gefährden.

Langfristig wird ein wirtschaftlicher und politischer Aufstieg Thailands davon abhängen, inwieweit die Reformmaßnahmen Erfolg haben werden. Insbesondere die Stabilisierung der gesamten Krisenregion wird entscheidend zum wirtschaftlichen Aufschwung in Thailand beitragen. Im Prozess der Errichtung einer asiatischen Freihandelszone hat Thailand die Chance, seine wirtschaftliche und politische Stellung im asiatischen Raum zu stärken. Entscheidend für die Entwicklung der Demokratie in Thailand wird sein, inwieweit die Grundlagen der neuen Verfassung im Alltag lebendig werden und die Menschen in Thailand künftig an ökonomischen und sozialen Entscheidungen mitwirken können.

Literatur

- Bangkok Post (1999), *Year End Economic Review 1999*; www.bangkokpost.net/99year-end.
- BfAI (1999), *Thailands Wirtschaftstrends zur Jahresmitte, Bundesstelle für Außenhandelsinformationen, Köln, 1999*.
- BOT *Economic Data (im Internet: www.bot.or.th)*.
- Bungarten, P., *The Crisis of Thailand and the International Monetary Fund, Internationale Politik und Gesellschaft, Nr 3, 1999, S. 253-262*.
- NZZ (1999), *Zuversichtlichere Asiatische Entwicklungsbank, Neue Zürcher Zeitung, 16.9.1999, S. 25*.